



Armut und Reichtum in Deutschland

Einstellungsmuster der Bevölkerung

(Vortrag beim Workshop „Neues von der Verteilungsfront“ veranstaltet von der Hans Böckler-Stiftung und der Akademie der Arbeit)

Wolfgang Glatzer/Jens Becker

Frankfurt am Main, 10. Februar 2009

Gliederung:

1. Gemessene und gefühlte Ungleichheit
2. Einstellungen zu Armut und Reichtum
 - 2.1 Subjektive Armut
 - 2.2 Subjektiver Reichtum
 - 2.3 Subjektives Schichtungsgefüge
 - 2.4 Qualität der Gesellschaft: Zufriedenheit und Gerechtigkeit
 - 2.5 Soziale Ungleichheit: objektiv und subjektiv
 - 2.6 Beurteilung von Lebensverhältnissen: individuell und kollektiv
3. Einstellungen zum Konfliktpotenzial zwischen Arm und Reich
 - 3.1 Wahrnehmung von Interessenkonflikten
 - 3.2 Wahrnehmung und Bewertung von Einkommensunterschieden
 - 3.3 Bewertung von Verteilungsprinzipien
 - 3.4 Gründe für Reichtum
 - 3.5 Vor- und Nachteile von Reichtum
4. Fazit

1. Gemessene und gefühlte Ungleichheit

Das Thema „Armut und Reichtum in Deutschland – Einstellungsmuster der Bevölkerung“ bezieht sich auf ausgewählte Aspekte der Wahrnehmung und Beurteilung sozioökonomischer Ungleichheit durch die Bevölkerung Deutschlands. Grundlegend ist dabei die Einsicht, dass Armut und Reichtum nicht an sich existieren, sondern erst aufgrund der Wahrnehmung und Beurteilung entsprechender Sachverhalte durch die Bevölkerung. Die gesellschaftlichen Reaktionen auf Armut und Reichtum hängen davon ab, wie diese wahrgenommen und beurteilt werden. Das berühmte Thomas-Theorem¹ besagt, wenn Menschen Situationen als real definieren, dann sind sie real in ihren Konsequenzen auf der Handlungsebene von Individuen. Das mag ein diskussionswürdiger Sachverhalt sein, aber für Armut und Reichtum ist es wichtig zu sehen, ob und wie sie wahrgenommen werden. Armut und Reichtum können weitgehend unbemerkt bleiben und ein latentes Spannungspotential darstellen, sie können aber auch Ablehnung hervorrufen und zu manifesten Konflikten zwischen Reichen und Armen und der übrigen Bevölkerung beitragen.

Bei Armut und Reichtum handelt es sich um einen strukturellen Tatbestand aller modernen Gesellschaften, der Akzeptanz und Legitimierung durch die Bevölkerung bedarf, um die gesellschaftliche Kohäsion nicht zu gefährden. Und dieser Sachverhalt hat in den letzten Jahren an Komplexität zugenommen. Mediensprachlich wird heutzutage von der „gefühlten“ Realität gesprochen, die oft von der von Experten ge- und vermessenen Realität abweicht. Das bekannteste Beispiel ist sicherlich die „gefühlte Inflation“, die manchmal erheblich von der Inflationsrate der amtlichen Statistik abweicht. Erst jüngst wurde in den Medien von der „gefühlten Ungerechtigkeit“ gesprochen, die sich von den bekannten Gerechtigkeitstheorien nachdrücklich unterscheidet. Dieser Beitrag befasst sich mit der „gefühlten Ungleichheit“, die ebenfalls eine Eingeständigkeit gegenüber der vermessenen Ungleichheit besitzt. Jedoch scheint in der gegenwärtigen Diskussion die Bedeutung der Gefühle überschätzt und der Stellenwert des Wissens wird vermutlich in den Wahrnehmungsprozessen der Menschen unterschätzt.

¹ Vgl. William E. Thomas, Person und Sozialverhalten, Neuwied 1965, S. 114.

Wir haben in den letzten vier Jahren eine umfangreiche Untersuchung zu den „Einstellungen zum Sozialstaat“ durchgeführt² und dabei jedes Jahr ca. 5000 repräsentativ ausgewählte deutschsprachige Einwohner befragt. Die Ergebnisse der Studie betreffen neben dem Kernthema Sozialstaat auch die Problematik von Armut und Reichtum. Beide Sachverhalte werden nicht einheitlich und auch nicht plakativ positiv bzw. negativ beurteilt, sondern sie sind von einer differenzierten Sichtweise im Hinblick auf ihre Größenordnung, ihre Entstehung und ihre Folgen betroffen.

Das Thema dieser Veranstaltung lautet „Neues von der Verteilungsfront“, wobei wir im folgenden an der subjektiven „Frontlinie“ stehen. Die Fragestellung dieses Beitrags ist also nicht, wie Experten die Verteilung definieren, sondern wie die Bevölkerung die subjektive Wahrnehmung und Beurteilung von Armut und Reichtum in Deutschland vornimmt. Wir greifen diverse Aspekte der subjektiven Verteilungsproblematik heraus und zeigen die Befunde für die Jahre 2005 bis 2008.

2. Einstellungen zu Armut und Reichtum

2.1 Subjektive Armut

Wie wird die Entwicklung ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse von den Bevölkerung wahrgenommen? Während in Deutschland sozialpolitische Armutsquoten große Beachtung erhalten, werden subjektive Armutseinschätzungen eher selten thematisiert. Dabei ist es

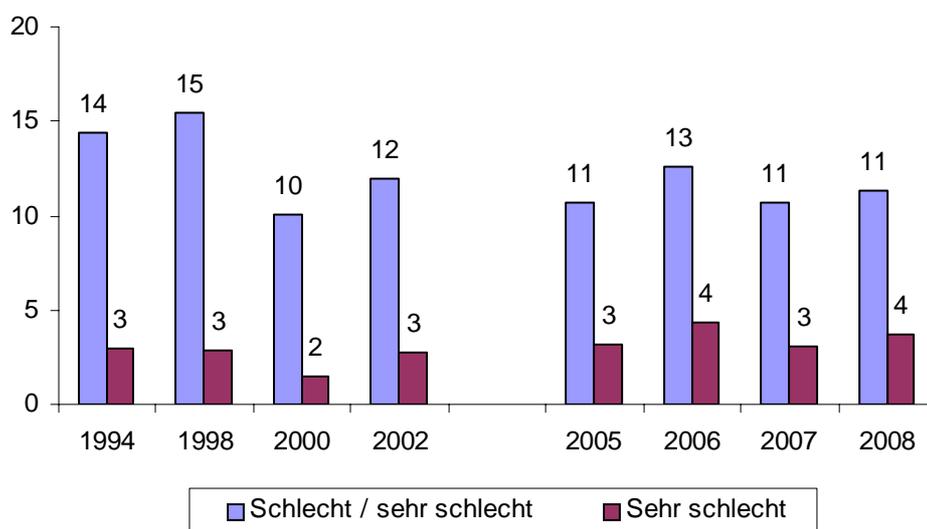
² Die Untersuchung entstand als Nebenprodukt eines sozialstaatlichen Forschungsvorhabens für den Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung 2007 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt. Es wurde auf Seiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales von Ulrich Bieber betreut und von einem Team aus Soziologen und Ökonomen am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften bearbeitet. Die Studie stützt sich auf verschiedene Primärerhebungen, die im Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat“ durchgeführt worden sind. In der repräsentativen Umfrage wurden 5000 ausgewählte Personen aus der deutschen Wohnbevölkerung telefonisch befragt. Die Durchführung erfolgte durch das Markt- und Sozialforschungsinstitut aproxima in Weimar. Ein zweites empirisches Standbein stellen Gruppendiskussionen und Einzelinterviews dar, die zur Gegenüberstellung von Massendaten und Individualaussagen beitragen. Auf diese Weise werden Repräsentativität und Anschaulichkeit der Daten gewährleistet.

eine interessante Frage, ob sich die Bevölkerung im gleichen Umfang als arm definiert wie es Politik und Wissenschaft tun.

Sicherlich kann man nicht direkt danach fragen, ob sich jemand als arm fühlt, wenn man verzerrte Ergebnisse vermeiden will. In der Umfrageforschung wird häufiger die Frage nach der eigenen wirtschaftlichen Lage gestellt, die von sehr gut bis sehr schlecht beurteilt werden kann. Die Annahme ist naheliegend, dass die Bürger die Befriedigung ihrer ökonomischen Bedürfnisse so weit beurteilen können, um sich mithilfe von Noten zwischen sehr schlecht und sehr gut adäquat einstufen zu können.

Die eigene wirtschaftliche Lage bezeichneten im Jahr 2008 4 % der Bevölkerung als sehr schlecht und dies kann als strenge subjektive Armutsquote betrachtet werden. Die Beurteilung „schlecht“ und „sehr schlecht“ gaben 11 % der erwachsenen deutschsprachigen Bevölkerung ab und wir verstehen dies als milde subjektive Armutsquote. Die strenge subjektive Armutsquote hat sich seit 1995 so wenig verändert, das man von einer weitgehenden Stabilität sprechen kann.

Abb. 1: Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage als „schlecht“ und „sehr schlecht“ in Deutschland 1994 - 2008. (Anteil der Befragten in %)



Quelle: Sozialstaatsurvey, Wohlfahrtsurvey, Allbus

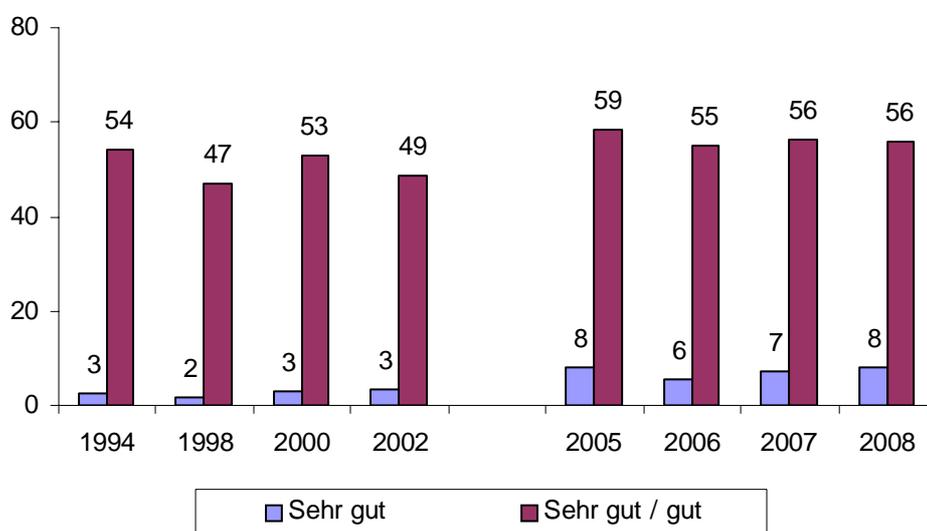
Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage entsprechend der Sammelkategorie als schlecht und sehr schlecht nehmen 11 % der Befragten vor. Dies liegt niedriger als die sozialwissenschaftlichen Armutsrisikoquoten, wie sie im letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung veröffentlicht wurden und zwischen 13 und 18 % lagen (Bundesregierung, 2008, S. 13). Es ist deshalb zu fragen, welche Faktoren dafür ausschlaggebend sein können. Erstens gehen in die objektive sozialwissenschaftliche Armutsquote die Kinder ein, die bekanntlich eine besonders hohe Armutsbelastung aufweisen, während sich die konventionellen Umfragedaten nur auf Erwachsene beziehen. Auch wurde in sozialpolitischen Untersuchungen entdeckt, dass es in beträchtlichem Umfang versteckte Armut gibt; die Selbstzuordnung zur „Armutbevölkerung“ erfolgt möglicherweise unvollständig. Und drittens wird die nicht deutschsprachige Bevölkerung in den konventionellen Umfragen nicht befragt. Das subjektive Armutspotential liegt demnach bei etwas über 11 % der erwachsenen deutschsprachigen Bevölkerung. Bei Einbeziehung von Kindern und fremdsprachigen Einwohnern fiel es höher aus und somit entsprächen sich die Größenordnung objektiver und subjektiver Armutsmessungen. Im Vergleich zum letzten Jahrzehnt der vorhergehenden Jahrhunderte ist es leicht gesunken. Die Beurteilung schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen ausgesetzt zu sein, wandelt sich in seinem Umfang im neuen Jahrhundert kaum.

2.2 Subjektiver Reichtum

Wie umfangreich ist die wohlhabende Bevölkerung aus subjektiver Sicht? Fragt man die Bundesbürger danach wer seine wirtschaftliche Lage als gut und sehr gut beurteilt, dann geraten viel größere Bevölkerungsgruppen als bei der Armut in das Blickfeld. Wer seine eigene wirtschaftliche Lage als sehr gut bezeichnet, kann als „reich“ in einem psychologischen Sinn betrachtet werden, obwohl beachtet werden sollte, dass „superreiche“ Personen und Haushalte in einer repräsentativen Umfrage kaum enthalten sind. Zwischen 6 bis 8 % der Befragten ordnen sich in den letzten Jahren der gehobenen Wohlstandszone zu, während es im vorhergehenden Jahrzehnt 2 bis 3 % waren. Sehr gute wirtschaftliche Verhältnisse haben sich leicht verbreitet.

Immerhin 56 % der Befragten finden ihre wirtschaftlichen Verhältnisse gut und sehr gut und bilden damit die Wohlstandsschicht in Deutschland. Aus eigener Sicht gehört gut die Hälfte der Bevölkerung zur Wohlstandsschicht, jedenfalls bevor 2008 die große Finanzkrise in Deutschland ausbrach.

Abb. 2: Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage als „gut“ und „sehr gut“ in Deutschland 1994 - 2008 (Anteil der Befragten in %)



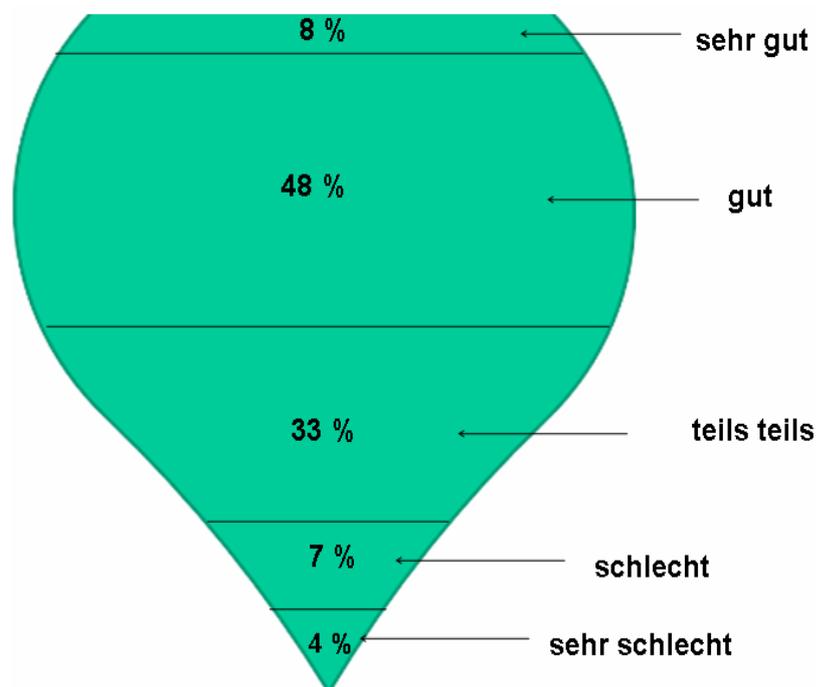
Quelle: Sozialstaatssurvey, Wohlfahrtssurvey, Allbus

2.3 Subjektives Schichtungsgefüge des Wohlstands

Wie sieht das subjektive Schichtungsgefüge des Wohlstands in Deutschland aus? Die soziale Schichtung in Deutschland ist von berühmten Soziologen am Beginn der siebziger Jahre als Zwiebel charakterisiert worden und dabei wurden vor allem Einkommen und Beruf zur Schichtbildung herangezogen. Die subjektive Schichtungsform der Wohlstandsverteilung von heute entspricht eher einer umgedrehten Zwiebel, wenn man will könnte man sie auch als Birnenform bezeichnen. Im Zentrum steht die Beobachtung, dass weit mehr Einwohner ihre Lage als gut und sehr gut definieren als solche, die ihre wirtschaftliche Lage als schlecht und sehr schlecht bezeichnen. Das „dicke“ Ende des Schichtungsgefüges be-

findet sich nicht mehr – wie es früher war - unten sondern im oberen Bereich. Weniger Menschen als in früheren Jahrzehnten befinden sich in der Mangelzone. In unserer 1978 erschienen Studie zu den Lebensbedingungen in Deutschland hielten wir noch aus Allensbacher Umfrageergebnissen fest, dass im Jahr 1970 30 % der Bundesbürger angaben, weniger zu haben als man braucht um davon leben zu können (Glatzer 1978, S. 371). Dies war in einer Situation, die heute große Wertschätzung als Wirtschaftsphase der Vollbeschäftigung erhält.

Abb. 3 Subjektive Wohlstandsschichtung in Deutschland 2008

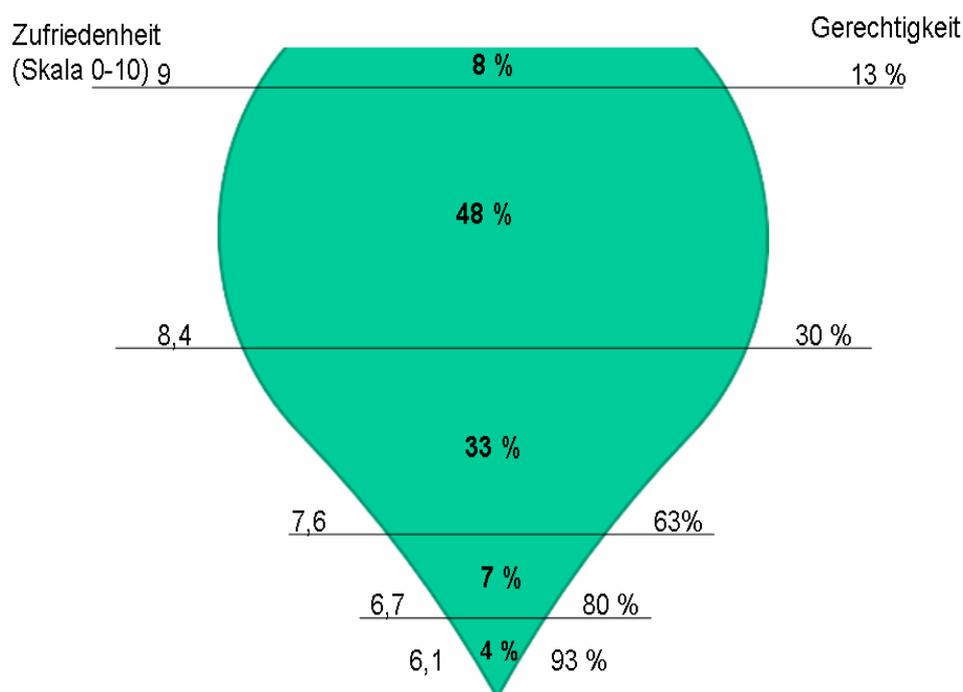


Frage: Wie beurteilen Sie ihre eigene wirtschaftliche Lage?

Antwortkategorien: sehr gut, gut, teils teils, schlecht, sehr schlecht?

Anzumerken ist, dass es eine Zwischenschicht von 1/3 der Bevölkerung gibt, die sich als teils schlecht/teils gut einstuft und damit am ehesten der Vorstellung eines Prekariats entspricht. Denkt man die These der Erosion der Mittelschicht, dann müsste sich die ambivalente Mittelkategorie vergrößert haben.

Abb. 4: Subjektive Wohlstandsschichtung, Lebenszufriedenheit und Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland 2008



Wohlstandsschichtung: Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage; Antwortkategorien in %: sehr gut, gut, teils teils, schlecht, sehr schlecht von oben nach unten; Zufriedenheit: Durchschnittswert der Zufriedenheit mit dem Leben auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10; Gerechtigkeit: Personen, die nicht den gerechten Anteil erhalten, der Ihnen im Leben zusteht, in %.

Es wird zurecht gefragt, was es bedeutet, wenn sich jemand auf einer verbalen Notenskala höher oder niedriger einstuft und am Ende eine Zwiebelform gebildet wird. In internationalen Untersuchungen der Qualität von Gesellschaften finden zwei Indikatoren besondere Berücksichtigung, die für die subjektive Wohlfahrt kennzeichnend sind. Es sind dies die Lebenszufriedenheit und das Gerechtigkeitsempfinden. Diese beiden Konzepte werden nun herangezogen, um die unterschiedlichen Lagen auf der Zwiebel näher zu charakterisieren.

Die Messung der Lebenszufriedenheit ist international üblich und führt mit überzeugenden Belegen zu brauchbaren und interessanten Ergebnissen. In dem von uns konstruierten subjektiven Schichtungsgefüge bestehen zwischen den oberen und unteren Schichten außerordentlich starke Zufriedenheitsunterschiede. In den Werten der Zufriedenheitsskala wird oben eine durchschnittliche Zufriedenheit von 9,0 und unten von 6,1 angegeben. Ähnlich große Differenzen sind ganz selten zu finden. Auch beim Gerechtigkeitsempfinden sind die Differenzen zwischen oben und unten riesig,

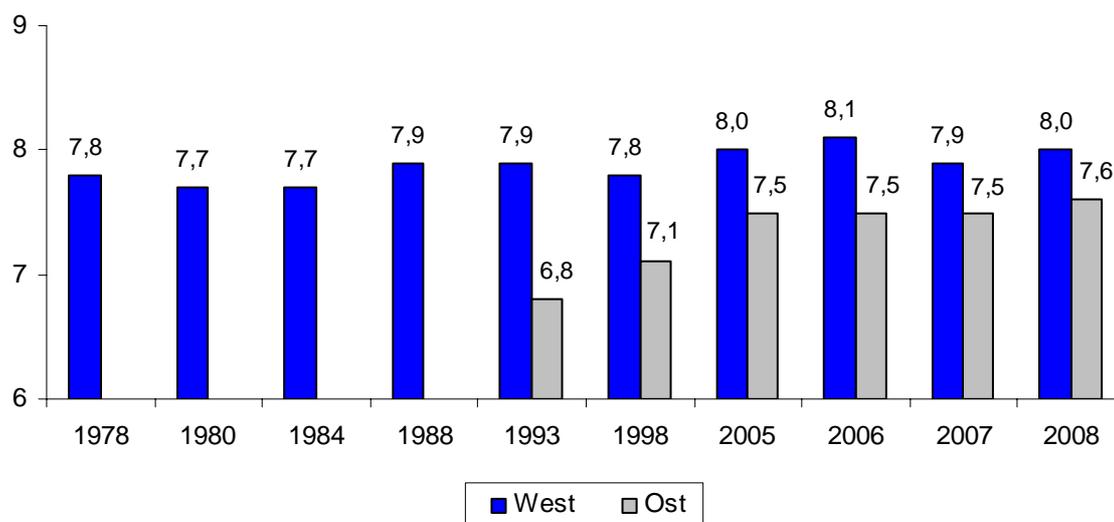
Das Konzept, das auf die persönlich empfundene Gerechtigkeit zugeschnitten ist, wird „subjektive Verteilungsgerechtigkeit“ genannt. Es befasst sich mit der Frage, ob jemand glaubt, in seinem Leben den Anteil erhalten zu haben, der ihm gerechterweise zusteht. Oben im Schichtungsgefüge erhalten 13 % nicht ihren gerechten Anteil, unten sind dies 93 %. Auch Unterschiede in dieser Größenordnung sind ganz selten zu finden.

Wenn wir also das subjektive Schichtungsgefüge durch mehrere Indikatoren anreichern, dann können wir zeigen, dass große Unterschiede in der Lebenszufriedenheit und im Gerechtigkeitsempfinden bestehen. Oben besteht eine hohe Lebenszufriedenheit und ein niedriges Ungerechtigkeitsempfinden, unten ist eine niedrige Lebenszufriedenheit und ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden vorhanden. Die Gesellschaft in Deutschland ist in dieser Beziehung mit verblüffender Eindeutigkeit stratifiziert.

2.4 Qualität der Gesellschaft: Lebenszufriedenheit und Gerechtigkeit

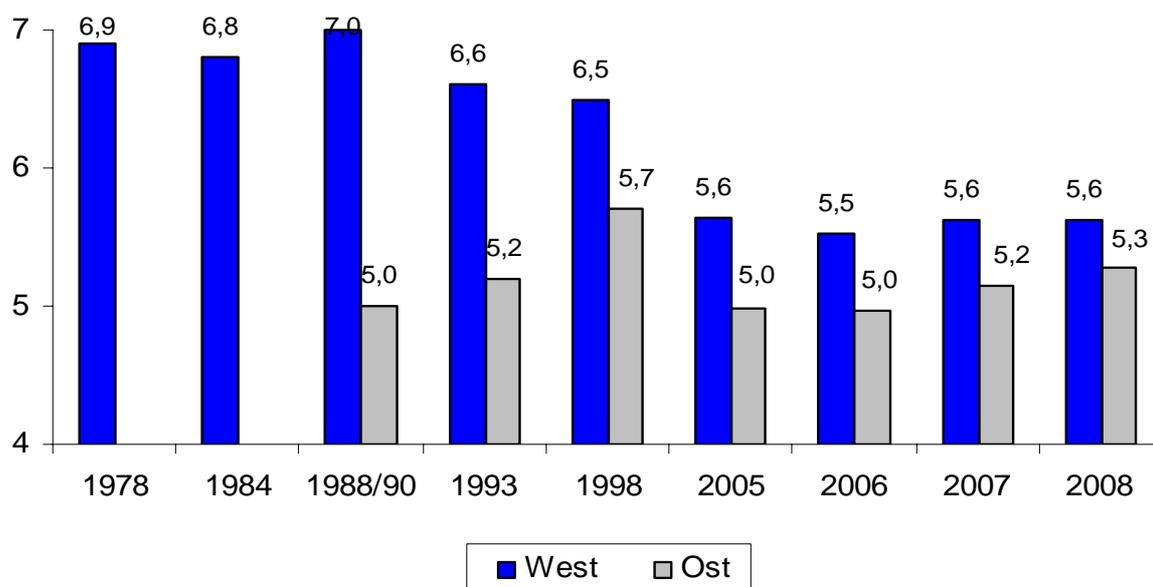
Wie haben sich markante Indikatoren, wie die Lebenszufriedenheit und das Gerechtigkeitsempfinden, verändert, die kennzeichnend für die Qualität der Gesellschaft sind?

Die Lebenszufriedenheit ist auf lange Sicht annähernd gleich geblieben und dies entspricht der These, dass wohlhabende Gesellschaften ihre Zufriedenheit kaum noch steigern können. Die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung ist demgegenüber eine der wenigen Dimensionen, in der ein Rückgang festgestellt wurde und sie ist in besonderem Maß von einem neuen Problemdruck betroffen. Detailliertere Untersuchungen der einzelnen Zweige der sozialen Sicherung zeigen, dass diese sehr unterschiedlich von einem Vertrauensverlust betroffen sind.

Abb.5: Lebenszufriedenheit in Deutschland 1978 bis 2008

Zufriedenheit mit dem Leben 1978-2008 (Skala 0-10, Mittelwerte)

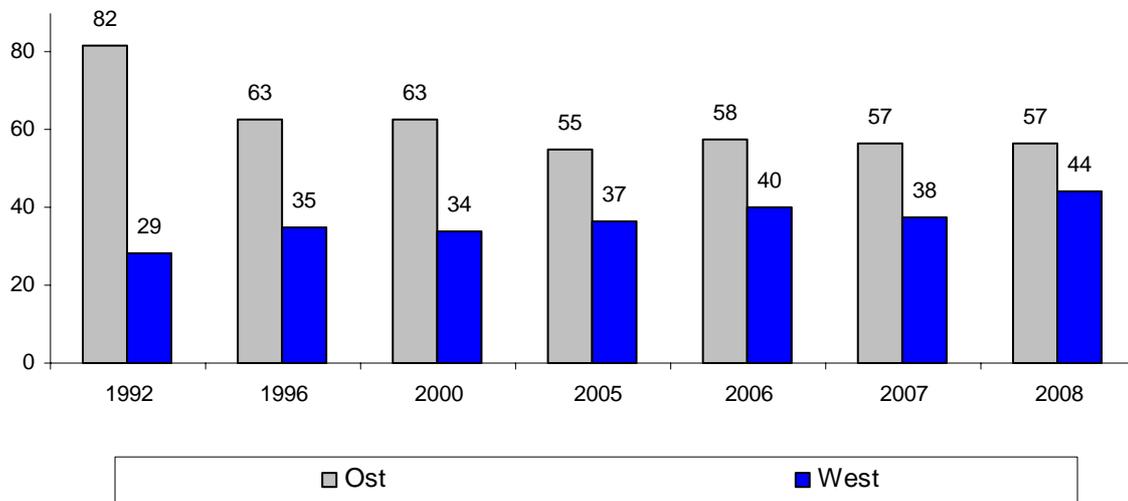
Quellen: Wohlfahrtssurvey / Sozialstaatssurvey

Abb. 6: Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung in Deutschland 1978 bis 2008

Zufriedenheit mit der sozialen Sicherung 1978-2008 (Skala 0-10 Mittelwerte)

Quellen: Wohlfahrtssurvey / Sozialstaatssurvey

Abb. 7: Persönliche Verteilungsgerechtigkeit



Kein gerechter Anteil im Leben 1992-2008 (Antwortkategorien "etwas weniger / viel weniger", in %)*

* Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben, glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder viel weniger?

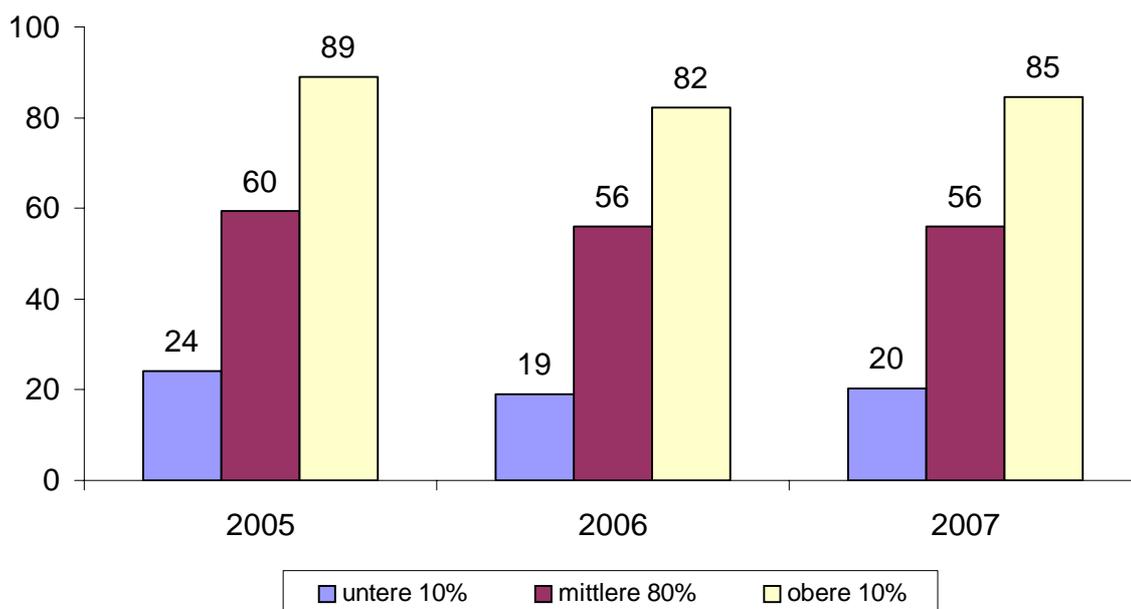
Quellen: Sozialstaatssurvey/ Allbus

Aus der Gerechtigkeitsperspektive sehen sich ungefähr ein Drittel der westdeutschen Bürger ungerecht behandelt. Dieser Anteil schwankt zwar seit 1980 etwas, aber doch so wenig, dass man von einer relativen Stabilität sprechen kann. In Ostdeutschland ist das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, weit stärker ausgeprägt. Hier glauben etwa zwei Drittel nicht, den ihnen gerechterweise zustehenden Anteil erhalten zu haben. Freilich, wie in anderen Dimensionen auch, nähert sich der ostdeutsche Anteilswert dem westdeutschen Niveau an. Diejenigen, die bessere Position in der Gesellschaft haben, geben häufiger an ihren gerechten Anteil im Leben zu erhalten: „Wie zu erwarten, korreliert die Beurteilung der (subjektiven) Verteilungsgerechtigkeit mit verschiedenen Merkmalen des sozio-ökonomischen Status in der Weise, dass der Prozentsatz derjenigen, die glauben, weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, mit höherem Status abnimmt“ (Noll, 1998, S. 71).

2.5 Soziale Ungleichheit: objektiv und subjektiv

Soziale Ungleichheit bezieht sich üblicherweise auf objektive Merkmale, hat aber in der Kombination objektiver und subjektiver Indikatoren eine neue Forschungsrichtung. In unserem Kontext interessiert vor allem der Zusammenhang zwischen Einkommensschichtung und Bewertung der wirtschaftlichen Lage. Das Einkommensniveau wird dabei durch das Haushaltsäquivalenzeinkommen gemessen und in drei Schichten 10:80:10 zusammengefasst. Abbildung 8 illustriert die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Da der Zusammenhang außerordentlich eng ist, werden gemäß dem Anteil der Antworten die Wertungen „gut“ und „sehr gut“ zusammengefasst.

Abb. 8: Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage nach dem Einkommensniveau der privaten Haushalte 2005 bis 2007 (Angaben für „gut/sehr gut“ in %)



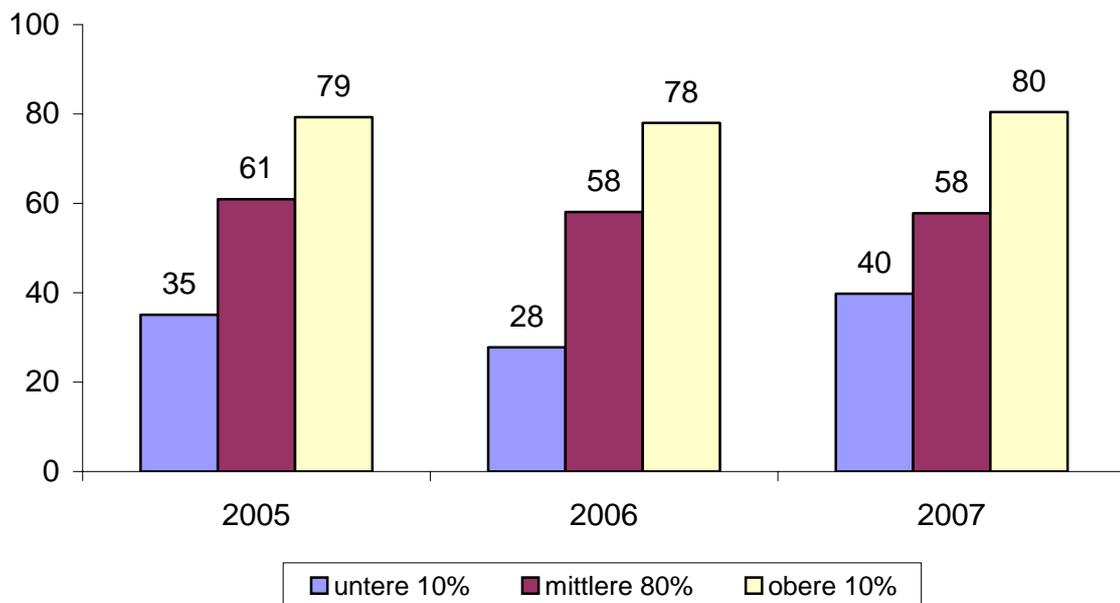
*Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?

Quelle: Sozialstaatssurvey

Des Weiteren fragen wir dem 10:80:10-Schema folgend nach der Beurteilung des gerechten Anteils im Leben. Die unterschiedlichen schichtenspezifischen Wahrnehmungen sind offensichtlich. Dennoch überrascht der Befund, dass 35-40 Prozent der Unterschichtangehörigen bekundet, den gerechten Anteil im Leben gemessen am Einkommen zu erhalten. Eine deutliche Minderheit der Mittelschichtangehörigen, 42 Prozent 2006 und 2007 fühlt

sich um den gerechten Anteil betrogen. Mehr als dreiviertel der wohlhabenden scheint mit den eigenen materiellen Ressourcen gemessen an unserem subjektiven Gerechtigkeitsbegriff zufrieden.

Abb. 9: Einstellungen zum gerechten Anteil im Leben nach dem Einkommensniveau privater Haushalte 2005 bis 2007 (Angaben für „gerechter Anteil / mehr“, in %)



*Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben, glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder viel weniger?

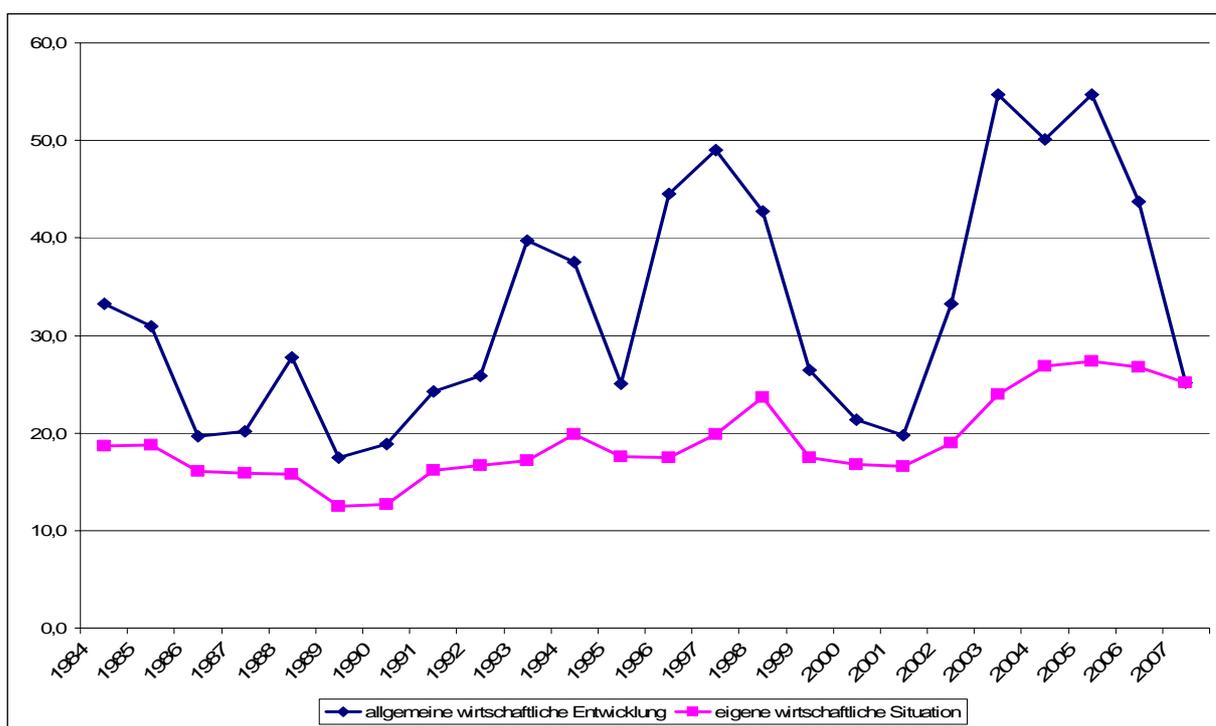
Quelle: Sozialstaatssurveys 2005 – 2007

2.6 Beurteilung von Lebensverhältnissen: individuell und kollektiv

Bei der Durchsicht von zahlreichen Diagnosen von Lebensverhältnissen stößt der Betrachter immer wieder auf einen überraschenden Punkt: die kollektiven Lebensverhältnisse werden als schlechter eingeschätzt als die individuellen Lebensverhältnisse. Die Summe der individuellen Einschätzungen erscheint oftmals viel schlechter als die Summe der kollektiven Einschätzungen. Dieses Ergebnis war in vielen Ländern der Welt und für unterschiedliche Dimensionen der Sozialberichterstattung zu beobachten (Glatzer 2008). Im Folgen-

den wird dieser Befund bezogen auf Deutschland mit Umfrageergebnissen zu den wirtschaftlichen Sorgen aus dem sozioökonomischen Panel illustriert.

Abb.10. Eigene und allgemeine wirtschaftliche Sorgen (1994-2007)



Datenbasis: SOEP (1994-2007), (Anteil der Befragten, die sehr besorgt sind, in %)

Fragen: Wie ist es mit folgenden Gebieten. Machen Sie sich da Sorgen?

- um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung;

- um ihre eigene wirtschaftliche Situation;

Antwortkategorien: große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen;

Die eigenen wirtschaftlichen Sorgen bewegen sich bei geringen Schwankungen auf niedrigem Niveau, die allgemeinen wirtschaftlichen Sorgen verändern sich stark und liegen – teils sehr stark – über den individuellen Sorgen. Die Sorgen über die Wirtschaft des Landes sind höher und fluktuieren stärker als die Sorgen über die individuellen wirtschaftlichen Verhältnisse. Damit steht unsere Gesellschaft vor einem großen Bewertungsproblem.

3. Einstellungen zum Konfliktpotenzial zwischen Arm und Reich

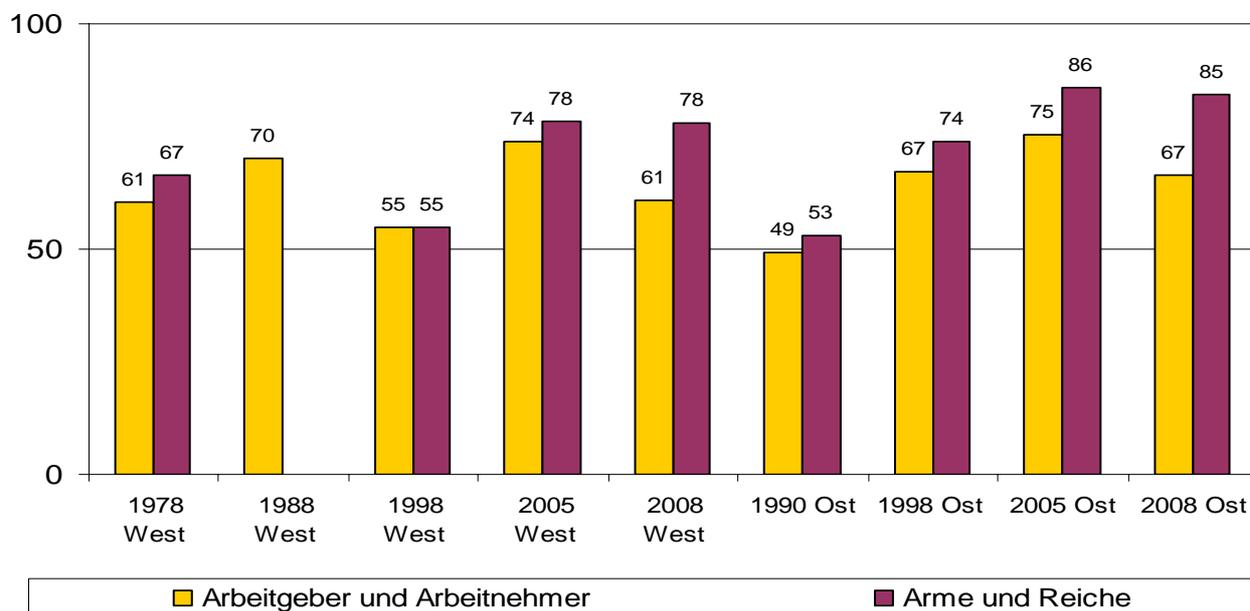
Nach einem Überblick über subjektive Reichtums- und Armutseinschätzungen, die subjektive Wahrnehmung bezüglich Gerechtigkeit, der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Lebenszufriedenheit geht es im Folgenden um mögliche Konfliktperzeptionen zwischen Arm und Reich sowie Arbeit und Kapital. Des Weiteren stehen die Bewertung von Einkommensunterschieden und Verteilungsprinzipien im Vordergrund, die durch qualitative Erhebungen 2007 über Vor- und Nachteile von privatem Reichtum ergänzt werden. Allgemein gesehen lassen sich soziale Konflikte als manifeste, interessengeleitete Auseinandersetzungen zwischen Individuen oder Gruppen definieren. Uns interessiert die langfristige Beurteilung von bestimmten sozialen Konfliktkonstellationen, die unter 3.1 genauer betrachtet werden.

3.1 Perzeption von Interessenkonflikten

Bis Ende der 1970er Jahre bestand im Westen Deutschlands bei der Beurteilung des Konfliktniveaus zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. zwischen Arm und Reich noch ein ungefähres Gleichgewicht, das bis 1998 im Westen Deutschlands auf einen vorläufigen Tiefpunkt fiel. Dagegen kam es 2005 zu einem markanten Anstieg auf der Skala der Konfliktwahrnehmung und zwar in beiden Richtungen. Gingen 1998 im Westen 55 Prozent von Konflikten zwischen Arbeit und Kapital sowie Arm und Reich aus, waren es 2005 74 bzw. 78 Prozent. Es lässt sich ein Zusammenhang zur Implementierung der „Agenda 2010“ vermuten. Drei Jahre danach sank der wahrgenommene Gegensatz zwischen Arbeitgebern und abhängig Beschäftigten auf den Wert von 1978. Zugleich konstatieren weiterhin mehr als dreiviertel der Befragten (78 Prozent) einen Interessenkonflikt zwischen Arm und Reich. In den neuen Bundesländern fallen die Untersuchungsergebnisse ähnlich aus, wobei die negative Bewertung der polarisierten Einkommensklassen mit 85% noch die westlichen Werte übertrifft.

Abb. 11: Wahrnehmung von Interessenkonflikten 1978-2008*

(Antwortkategorien „sehr stark / eher stark“, in %)*



*Es wird oft gesagt, dass es Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppen in Deutschland gibt, z.B. zwischen politischen Gruppen, zwischen Männern und Frauen usw. Die Konflikte sind aber nicht alle gleich stark. Ich will Ihnen nun einige solcher Gruppen nennen. Sagen Sie mir bitte, ob die Konflikte zwischen diesen Gruppen Ihrer Meinung nach sehr stark, eher stark, eher schwach sind, oder ob es da gar keine Konflikte gibt.

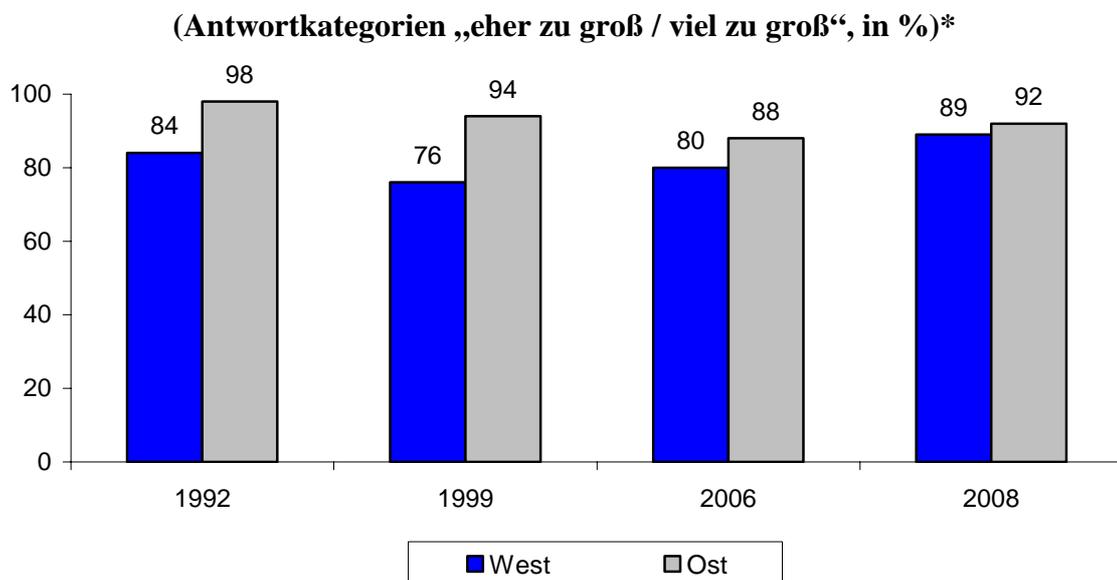
Quelle. Sozialstaatssurvey, Wohlfahrtssurvey

Mit anderen Worten: Die Interessen-, besser gesagt: die dahinter stehenden Verteilungskonflikte zwischen Arm und Reich prägen die Einstellungen der Menschen in West und Ost seit 2005 fast gleichermaßen. Das Unbehagen über diese Entwicklung hat deutlich zugenommen. Zur Verdeutlichung werfen wir nun einen Blick auf die Bewertung der Einkommensunterschiede.

3.2 Wahrnehmung und Bewertung von Einkommensunterschieden

Die folgenden zwei Abbildungen beinhalten Wahrnehmungen über die bestehenden Einkommensunterschiede und die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Daraus lässt sich ein Zusammenhang zwischen subjektiver Arm-Reich-Polarisierung und realer Einkommensentwicklung ablesen. De facto haben sich die Realeinkommen in Deutschland seit fünf Jahren kaum verändert. Lag das durchschnittliche Haushaltseinkommen 2001 noch bei 18.838 Euro, so betrug es 2006 kaum verändert 18.850 Euro (Claus 2008: 151). Ein Blick auf die Entwicklung der Nettolohnquote zeigt, dass der 1960 konstatierte Wert von 55,8 Prozent auf 41,2 Prozent 2005 absank. Der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen sei nunmehr auf einem historischen Tiefstand (Schäfer 2006). Von daher erscheint ein Blick auf die Wahrnehmung der Einkommensunterschiede durchaus sinnvoll.

Abb. 12: Einkommensunterschiede in Deutschland



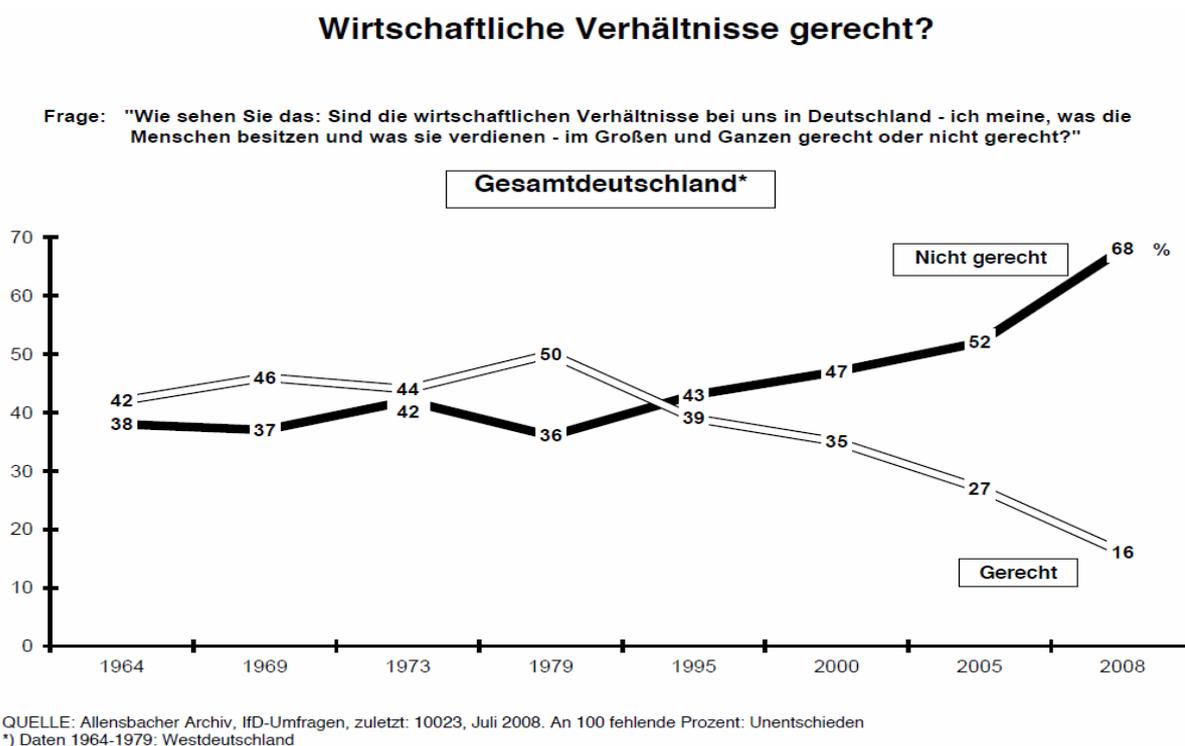
Was denken Sie: Sind die Einkommensunterschiede in Deutschland Ihrer Meinung nach viel zu groß, eher zu groß, gerade richtig, eher zu gering oder viel zu gering?

Quelle. Sozialstaatssurvey, Allbus

Die von Ökonomen konstatierte negative Einkommensentwicklung großer Teile der Bevölkerung (Hauser/Becker 2005) wird von der übergroßen Mehrheit der Befragten geteilt.

Hervorzuheben ist die zunehmende Angleichung der Einstellungen in den westlichen und östlichen Bundesländern. Die großen Einkommensunterschiede stellen demnach ein gesamtdeutsches Kernproblem dar. Ergänzend dazu verdeutlicht Abbildung 13, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse im Kontext eines wertneutralen Gerechtigkeitsbegriffes beurteilt werden.

Abb. 13: Gerechtigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse 1964 bis 2008



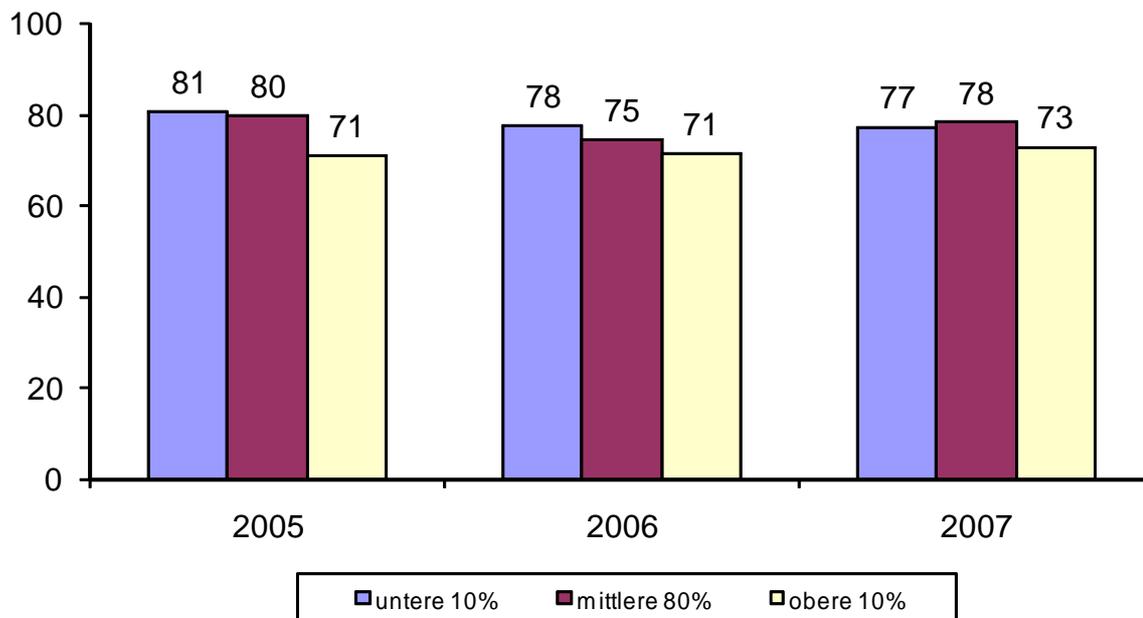
Von Bedeutung ist der Wandel, der sich in den letzten 44 Jahren vollzogen hat. Ließ sich 1964 noch eine annähernde Balance zwischen gerechter oder ungerechter Bewertung der wirtschaftlichen Verhältnisse feststellen, die es auch 1973 und 1995 gab, so kann ab 2000 von einer gegenläufigen Entwicklung bei den Beurteilungen gesprochen werden. Der Anteil derjenigen, die von ungerechten wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland ausgehen, steigt an. Die wahrgenommene Gerechtigkeitslücke erreicht 2008 ihren Höhepunkt: 68 Prozent der Befragten sehen die Relation zwischen dem, was sie besitzen und was sie verdienen und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr gewahrt

Der Zusammenhang zwischen gefühlten und nachgewiesenen ungerechtfertigten Einkommensunterschieden und das darin enthaltende – latente – Konfliktpotential illustriert Ab-

bildung 14.

Abb. 14: Konfliktwahrnehmung zwischen Arm und Reich in Deutschland nach dem Einkommensniveau privater Haushalte 2005 bis 2007

(Angaben für „eher stark / sehr stark“, in %)*



Es wird oft gesagt, dass es Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppen in Deutschland gibt, z.B. zwischen politischen Gruppen, zwischen Männern und Frauen usw. Die Konflikte sind aber nicht alle gleich stark. Ich will Ihnen nun einige solcher Gruppen nennen. Sagen Sie mir bitte, ob die Konflikte zwischen diesen Gruppen Ihrer Meinung nach sehr stark, eher stark, eher schwach sind, oder ob es da gar keine Konflikte gibt.

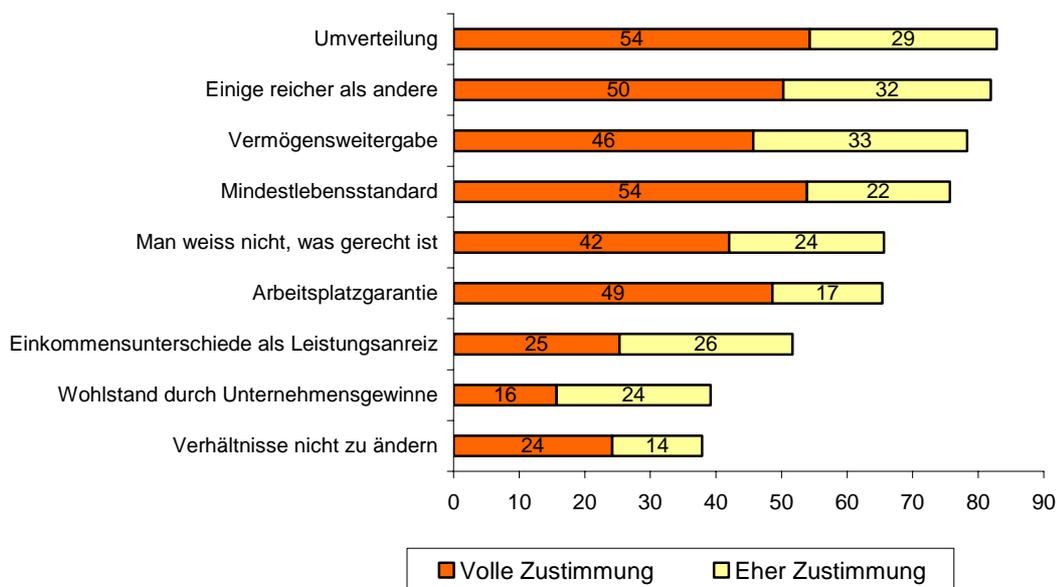
Quelle: Sozialstaatssurveys 2005 - 2007

Es besteht ein stabiler schichtenübergreifende Konsens hinsichtlich der Konfliktwahrnehmung zwischen Arm und Reich. Es gibt einen Konsens hinsichtlich der signifikanten Einkommenspolarisierung, der dreiviertel der Bevölkerung umfasst. Das Unbehagen der oberen 10% an dieser Entwicklung ist 2007 scheint nochmals leicht gestiegen, während die Zustimmungswerte der Mittel- und Unterschichten auf hohem Niveau leicht abbröckeln.

3.3 Bewertung von Verteilungsprinzipien

Einen Beleg für die These, dass die Bevölkerung unterschiedlich über Reichtums- und Vermögensfragen denkt (Glatzer et al. 2009), liefert eine Abbildung, die 2008 bestimmte Verteilungsverhältnisse fokussierte.

Abb. 15: Gerechte Verteilungsprinzipien 2008



* exakter Wortlaut (von oben nach unten):

Das wichtigste ist, dass die Menschen bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn das Umverteilung erfordert.

Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere.

Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder von reichen Eltern im Leben bessere Chancen haben.

Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren.

Der Staat sollte für alle, die Arbeit wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.

So wie die Zustände sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist.

Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung.

Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmen große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.

Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen.

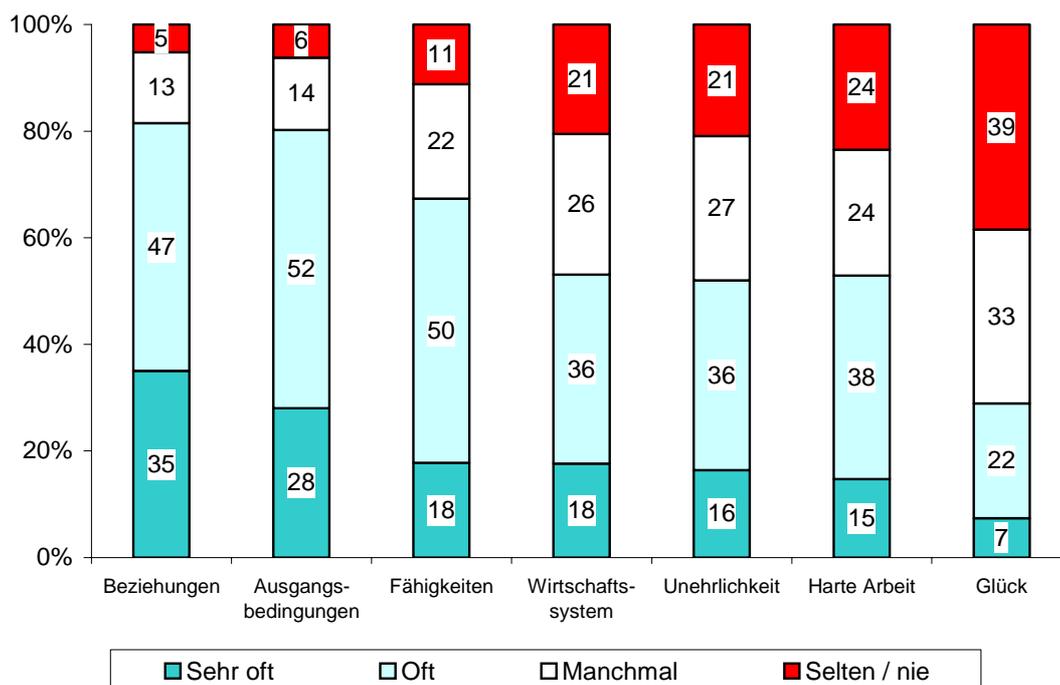
Quelle: Sozialstaatssurvey 2008

Differenziert fallen die Betrachtungen über die Verteilungsprinzipien aus. Ungleiche Reichtumskonstellationen, wenn sie denn durch Arbeit zustande kommen sind, werden von 82 Prozent der Befragten anerkannt („Einige sind reicher als andere“). Des Weiteren akzeptieren 79 Prozent Erbschaften oder Schenkungen an die eigenen Kinder, auch wenn sie ungleiche Verwirklichungschancen beinhalten. Demgegenüber fällt die Resonanz gegenüber der Beziehung Leistungsanreiz-Einkommensunterschiede mit 52 Prozent gering aus. Lediglich 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, große Unternehmensgewinne führen zu Wohlstandsgewinnen, von denen alle profitierten. Interessant ist, dass genuin „sozialdemokratische“ Ziele wie Umverteilung (84 Prozent), Mindestlebensstandardsicherung durch den Staat oder staatliche Arbeitsplatzgarantie hohe Zustimmungswerte erzielen.

3.4. Gründe für Reichtum

Zur Kontrastierung dieser Deutungen erscheint ein Blick auf Begründungszusammenhänge von Reichtum notwendig. Es geht um die Frage, unter welchen Bedingungen jemand in Deutschland reich geworden ist oder reich werden kann.

Abb. 16: Gründe für Reichtum 2007



* Ich nenne Ihnen nun einige Gründe, warum es in Deutschland heute reiche Menschen gibt. Damit meine ich Menschen, die sich fast alles leisten können. Bitte sagen Sie mir zu jedem dieser Gründe, wie häufig diese Gründe Ihrer Meinung nach Ursache dafür sind, dass jemand in Deutschland reich ist: sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie.

Quelle: Sozialstaatssurvey 2007

Es zeigt sich, dass die verbreitete Vorstellung demzufolge Leistung und harte Arbeit zum Reichtum führen kann, nur von einer knappen Mehrheit geteilt wird. Umgekehrt glaubt fast jeder vierte – im Osten gar jeder dritte – Bürger, dass harte Arbeit selten oder nie zum Reichtum führt. Von Bedeutung ist der zweite als legitim erachtete Grund, das Mitbringen von Fähigkeiten und Begabungen. Diese werden von 70% der Bevölkerung als häufig verantwortlich für individuellen Reichtum gesehen. Hierin drückt sich die Vorstellung aus, dass der Einzelne zwar von dem ihm Mitgegebenen profitiert, für die Realisierung seiner Startchancen aber alleine verantwortlich ist. Anders ist dies bei der Vorstellung, dass bes-

sere Ausgangsbedingungen für Reichtum verantwortlich sind, wie immerhin 80% der Befragten annehmen. Hierbei ist wiederum eine Benachteiligung all jener herauszulesen, die über selbige Möglichkeiten nicht verfügen. Diese Interpretation findet ihre Bestätigung bei Betrachtung des wichtigsten Grundes für Reichtum, den Beziehungen. Diese werden von einem Drittel der Menschen sehr oft und von weiteren 47% oft als Grund für den Reichtum genannt, während nur 5% davon ausgehen, dass die richtigen Beziehungen selten oder nie für den Reichtum verantwortlich sind. Offenkundig wird das vorhandene Sozialkapital als entscheidender Startvorteil im Streben nach Reichtum betrachtet, womit eine Einschränkung der eigentlich erwünschten Chancengleichheit einhergeht. Zwei weitere Faktoren werden negativ bewertet: individuelle Unehrlichkeit und strukturell verstandene Ungerechtigkeiten des Wirtschaftssystems. Eine Mehrheit geht davon aus, dass Reichtum verschiedentlich mit illegitimen Mitteln erworben wird, was einer tendenziellen Delegitimierung des Reichtums und des Wirtschaftssystems überhaupt gleichkommt.

3.5 Vor- und Nachteile von Reichtum

Um die Vor- und Nachteile von Reichtum plakativer und alltagsnäher zu veranschaulichen, werden im Folgenden einige Beispiele aus den Gruppendiskussionen und Einzelinterviews herangezogen (vgl. Glatzer et al 2009). Zusammen mit Wohltätigkeit und Steuereinnahmen bot die Schaffung von Arbeitsplätzen den dritten Aspekt, der von den Befragten als Nutzen von privatem Reichtum angeführt wurde. „Der Reiche“ in der Funktion des Arbeitgebers, dieses Bild war bei den Diskutanten präsent. Sowohl Steuereinnahmen als auch die Schaffung von Arbeitsplätzen seien für die Erhaltung der sozialen Sicherheit in Deutschland von zentraler Bedeutung. Angeführt wurden jedoch auch transnationale Konzerne, die in Dritte Welt Ländern unter fragwürdigen Arbeitsbedingungen produzieren und Arbeitsplätze verlagern.

Einige Diskutanten argumentierten, dass Reichtum einen Anreiz und Ansporn darstellt, selbst reich werden zu wollen. Diese Freiheit, selbst reich werden zu können, wurde von den Teilnehmern wiederum als gesamtgesellschaftlicher Nutzen deklariert. Für die Gesellschaft hat privater Reichtum nach Ansicht der Diskutanten dann Vorteile, wenn er für wohltätige Zwecke, in Form von Spenden- und Stiftungsgeldern, eingesetzt werde.

„Die Allgemeinheit profitiert, wenn der oder diejenige einen Fond gründet, um irgendwelche Sachen zu unterstützen. Auf Englisch nennt man das Foundation, Stiftungen. Es gibt ja eine ganze Menge Leute hier im Raum Frankfurt, die stiften regelmäßig jedes Jahr so und

so viel Geld.“ (GF15)

So wie der zitierte Rentner, greift auch eine 63-jährige Arbeitslose den Wohltätigkeitsaspekt auf. Zusätzlich verweist sie auf steuerliche Einnahmen, die der Allgemeinheit zu Gute kommen:

„Aber es gibt schon Leute, die...bei der Albert Schweizer Stiftung, da ist jemand verstorben und hat sein ganzes Vermögen diesem Verein zufließen lassen und die können dadurch jetzt umziehen, die Räumlichkeiten waren sehr beschränkt. Da gibt es schon Leute, die ihr Geld dahin fließen lassen wo es nötig ist, wenn sie sterben. Kinderhilfsorganisationen, Waisenhäuser. Ich bin nicht so versiert, aber wenn jemand so viel Geld hat, der muss ja auch Abgaben an den Staat zahlen, der muss ja auch mehr Steuern zahlen als die anderen, also die Frage was der Allgemeinheit zugute kommt.“ (GF17)

Die Nachfrage des Moderators, ob es ohne die Reichen weniger Wohltätigkeit gäbe, verneinten die meisten Teilnehmer. Humanitäre Hilfe würde weiterhin existieren, vermutet wurde allerdings, dass die Summe der gespendeten Beträge reduziert wäre. Eine 31-jährige Hausfrau erklärte:

„Also ich denke, weniger gäbe es ganz sicher nicht, also weniger Wohltätigkeit oder Wohltätigkeitsaktivitäten, einfach nur geringere Summen. Also ich denke, es würden sich sicher genau so viele engagieren, nur eben mit nur den Mitteln, die zur Verfügung stehen. Aber weniger denke ich nicht.“ (GF16)

Doch es wurden auch negative Tendenzen des privaten Reichtums diskutiert. Auf Nachteile für die Gesellschaft verwiesen ein 43-jähriger Selbständiger und ein 37-jähriger Arbeitsloser. Sie sahen in privatem Reichtum einen potentiellen Machtfaktor:

„Die Menschen nehmen sehr viel Einfluss, sie haben sehr viel Einfluss, weil sie sehr viel Macht haben und können gewisse Dinge so steuern, wie sie es gerne möchten. Oder am Beispiel Berlusconi, der die Gesetze so gemacht hat, dass die Bilanzmanipulation so schnell verjährt ist, dass die Dinge, die er gemacht hat, verjährt sind. Besonders dreister Fall.“ (GF15)

„[...] weil materieller Reichtum meistens mit politischer Macht verbunden ist. Meistens setzen ja die, die viel Reichtum haben, ihren politischen Einfluss, der sich daraus ableiten lässt, meistens nur zur Mehrung privater Vorteile ein und nicht zu der der Gesellschaft. Generell kann materieller Reichtum eine politische Machtkomponente haben, aber wenn, dann meistens nur zur Mehrung des eigenen Vorteils.“ (GF17)

Einige Teilnehmer nannten ungleiche Vermögens- und Einkommensverhältnisse, die unterschiedlichen Verteilungsverhältnissen zugrunde liegen. Dieser Aspekt trage unter anderem dazu bei, dass die Schere zwischen armen und reichen Menschen in Deutschland immer weiter auseinander gehe. Somit gehe die Existenz von Reichtum unweigerlich mit der Entstehung von Armut einher.

Der bisherige Konsens zeichnet sich im Ungerechtigkeitsempfinden gegenüber wohlhabenden Menschen aufgrund von Machtmissbrauch, Abgrenzungstendenzen im Bildungsbereich sowie ungleichen Vermögens- und Einkommensverhältnissen aus. Neid wurde als individuelle Folge dieser Ungerechtigkeitsempfindungen gesehen, der die Entstehung von Aggressionen und Kriminalität (Wirtschafts- und Beschaffungskriminalität) auf gesellschaftlicher Ebene forcieren.

In diesem Zusammenhang wurde von Mitgliedern der Unterschicht vereinzelt vermutet, dass reiche Menschen keinerlei Interesse daran hätten, die „Armutfrage“ zu lösen, um sich weiterhin durch ihren Reichtum abgrenzen und damit andere Gesellschaftsschichten ausgrenzen zu können. *„Ausgrenzung, damit dieser Klassenunterschied erhalten bleibt“*, so formulierte es eine Studentin. Einige Teilnehmer der Unterschichtengruppe brachten die moralische Ebene in die Diskussion ein. Eine 63-jährige Arbeitslose Frankfurterin hatte den Eindruck, dass reiche Menschen *„gefühlskalt“* und *„unmenschlich“* seien. Mehr noch hatte sie das Gefühl, *„die Reichen werden immer mehr und immer stärker und die anderen bleiben auf der Strecke.“* Diese Äußerung verdeutlicht Aspekte wie Angst und Fatalismus. Insgesamt ergeben sich aus den Einzelinterviews und Gruppendiskussionen unterschiedliche individuelle Einstellungsmuster, die gruppenbezogen auf brüchige positive und negative Einstellungen zu privatem Reichtum aufzeigen. Gelten Wohltätigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen als positive Argumente, so kommen Argumentationsmodi zu Tage, die Vorbehalte bei den Verteilungsmodi von Reichtum, bei der Erlangung von Reichtum und gegenüber der Korrelation Macht und Reichtum deutlich. Somit entsteht der Eindruck, dass sich aus der Sicht der Diskutanten die Vor- und Nachteile von privatem Reichtum in Konflikt zueinander stehen.

4. Fazit

Aus der Sicht der Bevölkerung in Deutschland haben wir überwiegend eine Wohlstandsgesellschaft mit – allem Anschein nach – hartnäckigen Armutsproblemen von Minderheiten. Aber die gesellschaftliche Herausforderung von kleinen Gruppen, die unter Mangel und

Not leiden, ist manchmal größer als wenn alle von Mangelsituationen betroffen sind. Wie die empirischen Erhebungen nachweisen, fehlt es den „subjektiv“ Armen nicht nur an materiellen Gütern und am Lebensstandard, sondern auch am psychosozialen Wohlbefinden, das sich in Lebenszufriedenheit und Gerechtigkeitsempfindungen ausdrückt. Ungleichheit ist nicht nur materiell verankert, sondern findet auch in den Einstellungen der Menschen seinen Niederschlag. In einer Kurzformel kann man die Einstellungen zum Leben in Deutschland als relativ stabile Zufriedenheit bei latentem Unbehagen über Ungerechtigkeit in der Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Ein gesellschaftskritischer Befund ist, dass die Bevölkerung ihre persönlichen Lebensverhältnisse in aller Regel besser beurteilt als ihre allgemeinen Lebensverhältnisse. Das zeigt sich auch in der Dimension der Gerechtigkeit, wobei die Urteile über persönliche Gerechtigkeitsdefizite günstiger ausfallen als über die allgemeine Gerechtigkeitsentwicklung. Seit Jahrzehnten werden die hohen Einkommensunterschiede in Deutschland als ungerecht angesehen. Reichtum wird allerdings nicht per se abgelehnt sondern nur wenn er akzeptable Dimensionen, die offensichtlich unterschiedlich liegen, übersteigt. Bei den Gründen für Reichtum schneiden Werte wie Leistung und harte Arbeit, die für eine soziale Marktwirtschaft als konstitutiv angesehen werden, bescheiden ab. Legitimität und Akzeptanz von Reichtum werden in den Einstellungen der Deutschen oft in Zweifel gezogen. Demgegenüber nimmt eine große Mehrheit der Bevölkerung Konflikte wahr, die zwischen arm und reich bestehen. Dieses Einstellungsmuster, das ein weit verbreitetes Unbehagen der Bevölkerung in der Gerechtigkeitsdimension dokumentiert, könnte sich bei einer Verschärfung der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise noch weiter ins Negative bewegen – mit schwer übersehbaren Konsequenzen. Es besteht das Risiko, dass sich die vorhandenen latenten Spannungen in manifeste Konflikte umwandeln könnten.

Literatur:

BMAS (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.

Jens Becker/Roland Bieräugel/Oliver Nüchter/Alfons Schmid (2009): Einstellungen zum Reichtum. In: WSI Mitteilungen, Heft 3

Frieder Claus (2008): Hartz IV – Strategie zur Armutsbekämpfung?. In: Karin Sanders und Hans-Ulrich Weth (Hrsg.): Armut und Teilhabe. Analysen zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit, Wiesbaden, S. 148-182.

Wolfgang Glatzer (2008): Perceptions and measurement. In: Council of Europe (2008): Well-being for all – Concepts and tools for social cohesion. Straßburg

Wolfgang Glatzer/Jens Becker/Roland Bieräugel/Geraldine Hallein-Benze/Oliver Nüchter/Alfons Schmid (2009):Reichtum im Urteil der Bevölkerung. Opladen

Wolfgang Glatzer (2007): Der Sozialstaat und die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 32. Jg., Heft , 1-2, S.183 – 204

Richard Hauser (2005): Verteilung der Einkommen 1999-2003, Forschungsbericht hrsg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (mit Irene Becker), Bonn (Eigenverlag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung).

Claus Schäfer (2006): Unverdrossene „Lebenslügen-Politik“ – Zur Entwicklung der Einkommensverteilung, in: WSI-Mitteilungen 11/2006.

Heinz-Herbert Noll (1998): Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit. In: Heiner Meulemann (1998): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen; Leske und Budrich